

Internationale Solidarität

**Gemeinsam
für Vollbeschäftigung**

**Mitbestimmung
und soziale Demokratie**

ZEITUNG DER IG METALL FÜR DIE
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND **D4713DX**

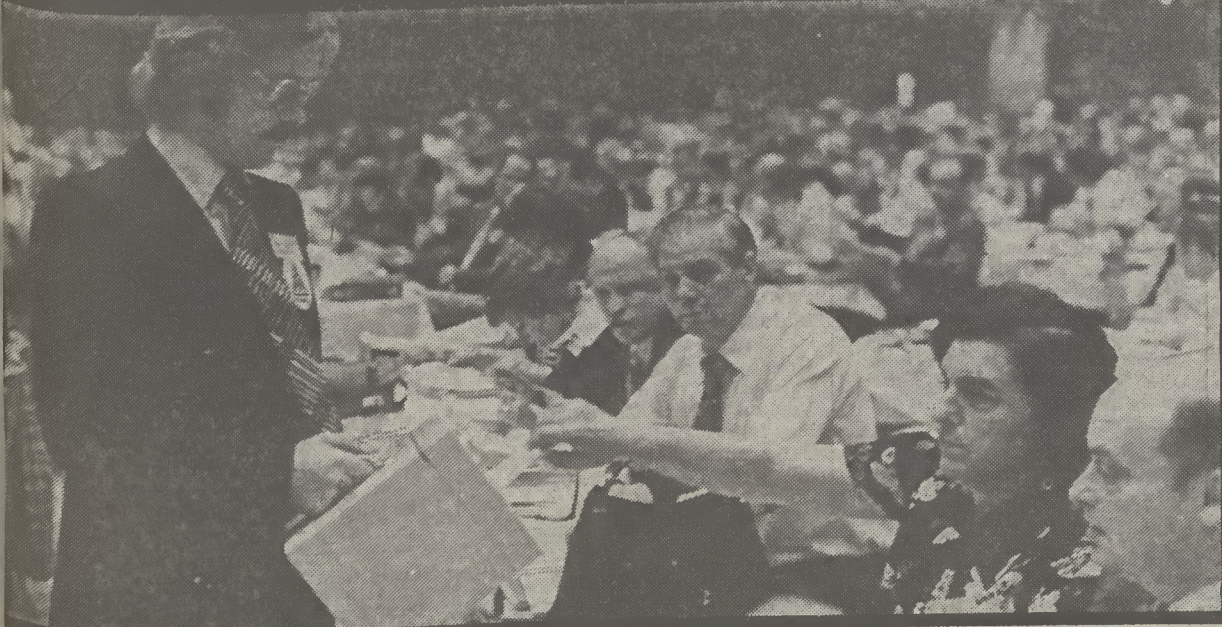
METALL

ERSCHEINUNGSORT FRANKFURT A. M.
3. OKTOBER 1977 · 29. JAHRGANG · NR. **20**



12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf

Selbstbewußt in die Zukunft



gefilmt, informierten über die Handwerksarbeit, berieten die besonderen Probleme der Frauen und wählten den Vorstand (links u. unten).

Eugen Loderer:

Mit aller Kraft für unsere gemeinsame Sache

Entgegen anderslautenden Kommentaren zu seinem Beginn war der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall kein Spiel mit vorverteilten Rollen. Die Delegierten haben Diskussionsfreudigkeit und Entscheidungsfähigkeit gezeigt. Damit haben sie den besten Beweis für die Existenz jener innergewerkschaftlichen Demokratie geliefert, die uns die Gegner absprechen wollten.

Entgegen anderslautenden Kommentaren während seines Verlaufs stand der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall umgekehrt nicht im Zeichen eines Aufstands der Delegierten gegen den Vorstand. Auch und gerade nach ausführlichen Debatten wurden Entscheidungen getroffen, die sich nur an der gemeinsamen Sache, an den Interessen der organisierten Arbeitnehmer ausrichteten. Im Mittelpunkt der Kritik standen nicht der Vorstand, die Spitze der Organisation. Im Mittelpunkt der Kritik standen die Unternehmer, die Spitzen der Wirtschaft. Eine ausführliche und kontroverse Diskussion haben wir geführt über Fragen der Kernenergie. Hier ist der Gewerkschaftstag der Entschließung des Vorstands mit großer Mehrheit gefolgt. Wir haben uns abgegrenzt von den bedingungslosen Gegnern der Kernenergie, die mit dem vermeintlichen Kampf gegen den sogenannten Atomstaat zumindest teilweise verselbständigten Aktionismus treiben. Wir haben uns aber auch abgegrenzt von den bedingungslosen Befürwortern der Kernenergie, die von den Arbeitsplätzen der Beschäftigten reden und die Profite der Energiekonzerne meinen.

Neue Antworten auf neue Provokationen

Eine ausführliche und kontroverse Diskussion haben wir geführt über die Frage der Konzertierte Aktion. Hier ist der Gewerkschaftstag den Änderungsanträgen gefolgt, die von der Antragsberatungskommission zur Annahme empfohlen waren und auch dem Willen des Vorstandes entsprachen. Wir haben keinen Schritt getan in Richtung auf die klassischen Austrittsforderungen, die von einer Beeinträchtigung unserer Tarifpolitik durch die Konzertierte Aktion ausgehen. Aber wir sind denen gefolgt, die auf neue Provokationen der Arbeitgeber auch neue Antworten finden wollten. Der Vorstand der IG Metall ist beauftragt worden, sich im DGB-Bundesvorstand dafür einzusetzen, daß der DGB so lange nicht an der Konzertierte Aktion teilnimmt, bis die Arbeitgeberverbände ihre Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz '76 zurückgenommen haben. Dabei haben wir uns von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens auf DGB-Ebene leiten lassen.

Eine ausführliche Diskussion haben wir schließlich geführt um die Aufnahme der 35-Stunden-Woche in die Entschließung Tarifpolitik. Hier ist der Gewerkschaftstag der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestanden jedoch nicht, denn über die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung im allgemeinen, über die Notwendigkeit auch einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit im besonderen waren wir uns immer im klaren. Der Gewerkschaftstag hat die 35-Stunden-Woche als tarifpolitisches Grundsatzziel neben anderen auf die Fahnen der IG Metall geschrieben.

Ein Pfennig von jeder Mark für die IGM

Was für gesellschaftspolitische Fragen gilt, das gilt auch für die Behandlung der Satzungsfragen durch den Gewerkschaftstag. Abweichend von der Satzungsberatungskommission hat der Gewerkschaftstag Anträge aus einigen Verwaltungsstellen auf eine Verlängerung der Wahlperiode von drei auf vier Jahren abgelehnt. In Übereinstimmung mit Satzungsberatungskommission und Vorstand hat der Gewerkschaftstag finanzpolitische Entscheidungen getroffen. Beschlossen wurde eine Stärkung der Finanzkraft unserer Organisation durch konsequente Anwendung und Durchsetzung des Ein-Prozent-Prinzips beim Beitrag. Beschlossen wurde eine Stärkung der Finanzkraft unserer Verwaltungsstellen durch Änderung der Ortsklassenanteile.

Die Kollegin Ursula Ibler und der Kollege Hans Janßen wurden neu in den Kreis der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder gewählt. Die Kollegin Ilse Schmidt gehört nunmehr dem Vorstand in ehrenamtlicher Funktion an.

Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag hat die Ziele unseres Handelns verdeutlicht und die Grundlagen unseres Handelns verbessert. Die schrittweise Umsetzung seiner Beschlüsse wird die gemeinsame Kraft aller Mitglieder und Funktionäre erfordern.

METALL gewerkschaftstag

Hans Mayr, 2. IGM-Vorsitzender, eröffnet den Gewerkschaftstag Seite 3

Grüße an den Gewerkschaftstag
Gäste aus dem In- und Ausland sprechen bei der Eröffnungsfeier Seite 3

Die mündlichen Geschäftsberichte
Auszüge aus den Berichten aller geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Seiten 4 und 5

Die Delegierten diskutieren die Berichte
Auszüge aus der offenen Aussprache über die Politik der IG Metall Seiten 6 und 7

Eugen Loderer antwortet
Aus dem Schlußwort des Ersten Vorsitzenden nach der Diskussion der Berichte Seite 7

Unsere Ziele und Richtlinien
Kurzfassung aller Entschließungen Seiten 8, 9, 12 und 13

Das Grundsatzreferat

Internationale Solidarität, Gemeinsam für Vollbeschäftigung, Mitbestimmung und soziale Demokratie
Auszüge aus der Rede Eugen Loderers
Seiten 10 und 11

Aus der Diskussion des Grundsatzreferats
Innergewerkschaftliche Demokratie bestätigt Seite 11

Die angenommenen Anträge veröffentlicht
METALL in der nächsten Ausgabe

METALL aktuell/betrieb

Wir werden keine Ruhe geben!
Spontane Arbeitsniederlegung und eine Betriebsräte-Konferenz bei VFW-Fokker Seite 15

Tarifverträge bei Stahl gekündigt Seite 15

Neuer Vertrag für Auszubildende Seite 15

Skandal bei Rollei in Uelzen Seite 15

Was will die CDU?

Auch nach dem „Grundsatzforum“ der CDU, zu dem 600 Teilnehmer, darunter 200 Sachverständige, in Berlin erschienen waren, ist nicht ganz klar, wie man die deutlich gewordenen Unvereinbarkeiten vereinen will. Die Forderungen nach Recht auf Arbeit, auch durch staatliche Intervention, unserer Kollegen in den Sozialausschüssen etwa, kann man kaum mit den Auffassungen des vom Kapital beherrschten CDU-Wirtschaftsrates über die Heiligkeit der freien Marktwirtschaft unter einen Hut bringen.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler nannte drei Grundanforderungen an das Programm, das der nächste CDU-Parteitag 1978 verabschieden will. Es soll die gemeinsamen Überzeugungen beschreiben, den Zusammenhalt der Partei stärken, für die Gegenwart und für die voraussehbare Zukunft anwendbar sein.

Die CDU will „keine Dachorganisation von Interessenverbänden“, sondern Volkspartei sein, und ihr Grundsatzzprogramm soll die veränderten Lebensbedingungen freiheitlich, gerecht und solidarisch gestalten helfen, sagte CDU-Generalsekretär Geißler.

Umsonst warnte Professor Wilhelm Krelle davor, sich in viele schöne Worte ohne Inhalt zu flüchten und mahnte, der Bürger habe ein Recht zu erfahren, was eine Partei wirklich will. Mo.

Poullains Rat längst befolgt

Notfalls auch einen Streik zu riskieren, um nicht mehr als 5 Prozent höhere Löhne und Gehälter in der kommenden Lohn- und Gehaltsrunde zahlen zu müssen, rät Ludwig Poullain, Chef der Westdeutschen Landesbank den Unternehmern. Er wirft den Gewerkschaften vor, „ihre Verantwortlichkeit herunterzuspielen“, immer nur den Weg „längs der Stange im Nebel“ zu gehen und empfiehlt ihnen, sich um einen Radarschirm zu bemühen.

Wir haben diesen Rat längst befolgt und mit unserem Radar entdeckt:

Die Nettoeinkommen der Selbständigenhaushalte haben im Jahre 1976 um etwas mehr als 14 Prozent zugenommen, während die Nettoeinkommen der Haushalte von Arbeitern und Angestellten nur um rund 4 Prozent stiegen. Zieht man hiervon die Preissteigerung von 4,5 Prozent ab, dann ist ihr reales Einkommen – ihre Kaufkraft also – zurückgegangen. Mit unseren Radaraugen haben wir sogar herausgefunden, daß die Westdeutsche Landesbank 1976 den höchsten Gewinn pro Beschäftigten machte. Dies, obwohl sie in seltsamen „Devisengeschäften“ 1974 noch die Kleinigkeit von 270 Millionen DM in den Sand gesetzt hatte.

Wird Poullain den Unternehmern auch das Risiko abnehmen, wenn sie den Streik verlieren? Mo.

Kein Kampf in Kalkar

Weder war in Kalkar „die Hölle los“, noch waren die 40 000 Protestmarschierer gegen den atomaren Schnellen Brüter „zum großen Teil Linksradikale“, die versuchten, das durch einen Bauzaun gesicherte Baugelände zu besetzen. „Bild“ hatte mit diesen Vorberichten vergeblich versucht, Panik zu verbreiten, „Angst vor dem Wochenende“ in der kleinen Stadt Kalkar zu schüren. Die auch von anderen vorausgesagten „massiven Gewalttätigkeiten“ fanden nicht statt.

Es waren auch nicht Tricks der Polizei, die „eine blutige Schlacht um das Kernkraftwerk Kalkar“ verhinderten, wie „Bild“ hinterher berichtete. Der Disziplin der belgischen, holländischen, französischen, schweizerischen und deutschen Bürgerinitiativen, die sich nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen provozieren ließen, und der von Nordrhein-Westfalens FDP-Innenminister Hirsch angeordneten Zurückhaltung, die sich wohlthuend von den Dreinschlag-Parolen des CDU-Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Stoltenberg, abhob, verdanken wir den friedlichen Verlauf der Demonstration. Das ist der beste Beweis dafür, daß es auch anders zugehen kann als seinerzeit in Brockdorf. —a.

Arbeitsplätze bei VW Emden

Mußten wir kürzlich berichten (METALL 11/77), daß das Engagement der Betriebsrätinnen bei VW Emden doch nicht zu Neueinstellungen von Frauen führte, so hatte der nicht nachlassende Druck des Betriebsrats in dieser Frage inzwischen Erfolg: Nach den Werksferien wurden seit Anfang August bisher 250 Metalller neu eingestellt, dabei 50 Frauen.

Die Emdener VW-Betriebsrätinnen können einen weiteren Erfolg verbuchen, der sich auf Kolleginnen in allen sechs VW-Werken auswirkt: Auch Frauen, die wegen Betreuung ihrer Kleinkinder vor dem 30. Juni 1977 ausgeschieden sind, bekommen auf formlosen Antrag die Sonderzahlung. Das macht immerhin rund ein 13. Monatsentgelt aus. In den vergangenen beiden Jahren wurde die Sonderzahlung nur Frauen gewährt, die noch am 30. Juni Werkszugehörige waren. Hartnäckiger Einsatz von betrieblichen Interessenvertretern zum Wohl auch der beschäftigten Frauen zahlt sich aus! Ursel Wille

Die Sonne heizt an

Sonnenenergie wird sich in Deutschland jetzt ähnlich rasch durchsetzen wie vor 25 Jahren das Heizöl, glaubt die „Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie“ (DGS) in München. Ihr Vorsitzender, Ulf Bossel, hat errechnet, daß sich der Heizölverbrauch um die Hälfte senken läßt, wenn sich alle Hausbesitzer Sonnenkollektoren aufs Dach setzen und ihre Häuser besser gegen Wärmeverlust isolieren.

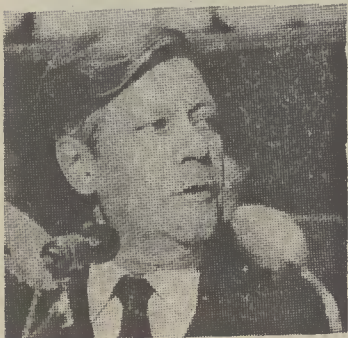
Eine vollständige Solarheizung, die noch vor einem Jahr 16 000 DM kostete, ist heute für 10 000 bis 12 000 DM zu haben und wird von italienischen und englischen Firmen schon für 6000 DM angeboten. Die deutsche Industrie steigt ganz groß ins Geschäft mit der Sonne ein. Der Vertriebschef von Messerschmidt-Bölkow-Blohm glaubt, daß die Umsätze dieser jungen Industrie auf zwei bis drei Milliarden DM steigen und Zehntausende Arbeitsplätze schaffen werden. M.

Helmut Schmidt: Nicht zu sehr sparen, bitte!

Bundeskanzler Helmut Schmidt, vom Gewerkschaftstag mit Beifall bedacht, stellte fest, es sei zwingend erforderlich, das Problem Arbeitslosigkeit zu lösen, ohne allerdings dadurch neue inflatorische Prozesse in Gang zu setzen. Dabei bezeichnete er übertriebene Sparsamkeit gegenwärtig als eine volkswirtschaftliche Untugend. Ein Teil der Gründe für die Investitionsschwäche läge an bürokratischen, verfahrensmäßigen Hemmnissen aller Art — nicht nur bei Kern- oder Kohlekraftwerken, sondern auch bei Verkehrsbauten wie Stromversorgungsnetzen, Straßenbau, Umweltschutz. Die Auswirkungen auf die Stahlwirtschaft, die Bauwirtschaft, den Maschinenbau seien beträchtlich.

Den Gewerkschaften empfahl Helmut Schmidt: „Organisiert von Kreis zu Kreis Konferenzen, auf denen untersucht wird, warum gewichtige Projekte und Aufträge zwar bereitliegen, aber nicht vergeben und nicht durchgeführt werden“, er bat, daran mitzuwirken, daß Hemmnisse aus dem Weg geräumt werden.

Die Klage der Arbeitgeber gegen das Mitbestimmungsgesetz hielt der Kanzler zwar für zulässig, jedoch für unbegründet, überflüssig und möglicherweise schädlich für das soziale Klima. „Ich habe viel Verständnis dafür, daß führende Gewerkschafter... auf einen groben Klotz einen groben Keil gesetzt haben.“



Von Hans Mayr, 2. Vorsitzender der IG Metall, eröffnet:

Unser 12. Gewerkschaftstag

Die beiden von Hans Mayr, dem 2. IGM-Vorsitzenden, in seiner Eröffnungsrede angesprochenen Themen **Arbeitslosigkeit und Terrorismus** beherrschten fast alle Ansprachen an die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages, bei dessen Eröffnung 2000 Menschen anwesend waren. Die häufigen Beifallsbezeugungen für Hans Mayr zeigten, wie sehr er allen aus dem Herzen sprach:

Eine Million Arbeitnehmer ist ohne Arbeitsplatz, darunter auch viele junge Menschen ohne angemessene Ausbildungschance. Es gilt, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zaudern und Abwarten, das sind heute die Haltungen, die wir alle energisch bekämpfen müssen (Beifall).

Bedrückend ist es für den einzelnen, im Arbeitsprozeß nicht mehr gebraucht zu werden. Unerträglich aber ist es, wenn Reaktionen die Arbeitslosen zu Drücke-

bergern stempeln wollen (lebhafter Beifall). Eine Wirtschaft, der es nicht gelingt, arbeitslos gewordene Menschen in die Arbeitswelt zurückzuführen, verdient nicht das Prädikat „sozial“ (Beifall). Diejenigen, die in dieser Wirtschaft über die Investitionen gebieten, müssen wissen: Die Menschen werden sich nicht mit einer Wirtschaftsordnung abfinden, die sich nur sozial nennt, sondern sie wollen eine Ordnung, die auch wirklich sozial ist (Beifall). Die gesellschaftliche Entwicklung muß wieder Richtung und Profil erhalten. Und dabei muß mit manchem überholten Tabu einer kapitalistisch orientierten Wirtschaft gebrochen werden.

Die IG Metall steht für alle politischen und individuellen Freiheiten, wir stehen zum sozialen Rechtsstaat. Dabei betrachten wir ihn keineswegs als Selbstzweck, als eine kalte Bürokratie, dem Bürger fern und ihm feindlich gesonnen. Wir wollen eine

gesicherte Demokratie, aber nicht jene Überspitzung des Schutzanspruchs, die nur zu leicht den Abbau demokratischer Rechte einleiten könnte. Wir begrüßen daher, daß die Bundesregierung den Vorschlag zur Bekämpfung des Terrorismus auch Bundeswehr einzusetzen, abgelehnt hat (Beifall). Dem politischen Terrorismus muß mit allen Mitteln dieses Rechtsstaates, und mit aller Härte, begegnet werden. Diese gefährlichen Fanatiker sprechen ausschließlich für ihre kleine Minderheit. Einer Minderheit, die mit intellektueller Arroganz und physischer Gewalt der großen Mehrheit der Bürger ihren Willen aufzwingen will. Wer aber die Mehrheit dem machtbesessenen Dogma einer Minderheit unterordnen will, der will eine Diktatur. Damit aber wollen die Gewerkschaften nichts zu tun haben (lebhafter Beifall).

Unter den vier Opfern des jüngsten Anschlags gegen den Präsidenten der deutschen Arbeitgeberverbände, Hanns-Martin Schleyer, waren auch Kollegen



von uns. Jeder von ihnen zählt genauso, als wäre er ein sogenannter Prominenter.

Hanns-Martin Schleyer war in vielen Verhandlungen und Aktionen unser Gegner und ein harter und unbequemer zugleich. Er hat andere politische Auffassungen als wir, und er vertritt die Interessen der Seinen bis an die Grenze. Unsere Meinungsverschiedenheiten bestehen fort. Aber diejenigen, die kaltblütig mordeten, um ihn zu entführen, sind die gemeinsamen Feinde aller Demokraten (lebhafter Beifall).

Grüße an den Gewerkschaftstag

Klaus Bungert, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf: In der Hauptstadt des Landes an Rhein und Ruhr, in der die eisenschaffende und metallverarbeitende Industrie eine so wichtige Rolle spielen, bestünden besonders enge Berührungspunkte gerade zur IG Metall. Hier sei auch das einzige Vorstandszweigbüro.

Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen: Vor allem soziale Gerechtigkeit mache die Demokratie unanfechtbar gegen jede Art des Radikalismus. NRW sei mit einem 122-Millionen-DM-Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit angegangen, habe sämtliche ausgebildeten Lehrer angestellt und strebe für 1978 20 000 neue Ar-

beitsplätze im öffentlichen Dienst an.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Nicht hoch genug einzuschätzen sei die Bedeutung der Mitbestimmung und der sozialen Sicherheit. Dr. Geißler bot „eine offene und klare Kooperation“ zwischen CDU und IG Metall an.

Dr. Wilhelm Vorndran, Landtagsabgeordneter der CSU: Nicht nur das unverzichtbare Wirken der Gewerkschaften für Staat und Gesellschaft wisse die CSU zu würdigen, sondern sie bekenne sich auch mit Nachdruck zur Tarifautonomie.

Günter Verheugen, Bundesgeschäftsführer der FDP: Das Gespräch zwischen Liberalen und Gewerkschaften müsse vertieft werden, denn man stünde nicht auf verschiedenen Seiten einer Barrikade. Das Mitbestimmungsgesetz werde von den Freien

Demokraten nicht in Frage gestellt.

Egon Bahr, Bundesgeschäftsführer der SPD: IG Metall wie die Gewerkschaften allgemein hätten bewiesen, daß sie bereit seien, gesamtgesellschaftliche Verantwortung mitzutragen. SPD und Gewerkschaften seien Verbündete im Kampf für Stabilität und um wirksamen Schutz gegen Demagogen und Terroristen.

Hermann Rebhan, IMB-Generalsekretär: Wenn die Gewerkschaftsbewegung ihrer hohen Pflicht nicht nachkäme, mit Hilfe der demokratischen Einrichtungen Problemlösungsmöglichkeiten — über die Grenzen hinweg — zu erarbeiten, würden ihnen reaktionäre Kräfte das Heft aus der Hand nehmen und dann den Weltfrieden gefährden.

Heinz O. Vetter, DGB-Vorsitzender: Besorgniserregend sei das

Klima vordringenden autoritären Vergeltungsdenkens, in dem liberale und rechtsstaatliche Positionen zunehmend unter Beschuß gerieten. Dabei werde soziale Reformpolitik weiter erschwert.

Albert Vietor, Vorstandsvorsitzender der Neuen Heimat: Die freien gemeinwirtschaftlichen Unternehmen mögen von Gewerkschaftern gefördert und gestützt werden. Der Verpflichtung, die ihnen daraus erwachse, nämlich der Gesellschaft zu dienen und im Dienst der Bevölkerung zu stehen, seien sie sich stets bewußt.

Georg Ippers, 1. Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle Düsseldorf: Rationalisierungen, Verlagerungen und Schließungen von Betrieben sowie eine unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit wirkten sich auch auf die 37 000 IGM-Mitglieder in Düsseldorf aus.

Von den 546 Delegierten kamen 433 (79,3 Prozent) aus den Betrieben. Bei der IG Metall beschäftigt sind 113 (20,7 Prozent). Arbeiter waren 301 (55,1 Prozent), Angestellte 245 (44,9 Prozent). 63 Kolleginnen (11,5 Prozent) wurden als Delegierte gewählt. Fast so viele, wie ihr Anteil in der IG Metall ausmacht (13,3 Prozent).

Das Durchschnittsalter aller Delegierten betrug 45,5 Jahre. 21 Jahre alt war die jüngste Delegierte, 63 Jahre der älteste.

111 Delegierte hatten bereits am 11. Gewerkschaftstag teilgenommen. Der Durchschnittsbeitrag aller Delegierten betrug 36,34 DM.

Aus den mündlichen Geschäftsberichten des Vorstands vor dem Gewerkschaftstag

Blick zurück und Blick nach vorn: Die Politik der IGM

Heinz Dürrbeck (wegen Krankheit verlesen durch Georg Benz)

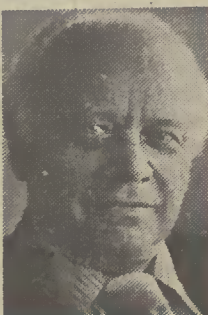
Technischer Fortschritt bedroht auch Angestellte

„Heute ist jedes 7. Mitglied der IG Metall ein Angestellter; jeder 3. beschäftigte Angestellte ist Mitglied der IG Metall“, dies erklärte Heinz Dürrbeck, zuständig für Angestelltenarbeit und Werbung in seinem Geschäftsbericht, der vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied Georg Benz wegen Erkrankung des Kollegen Dürrbeck verlesen wurde.

Zum erstenmal seit langer Zeit sei ein Rückgang der in der Metallwirtschaft beschäftigten Angestellten zu verzeichnen. Diese Entwicklung sei in engem Zusammenhang mit grundlegenden Strukturveränderungen zu sehen. Doch den Angestellten würde mehr und mehr klar, daß der sogenannte technische Fortschritt sie aus einer völlig neuen Perspektive treffen könne: durch Leistungsverdichtung, durch Entqualifizierung,

durch zunehmende Belastungen, durch Einführung von Arbeitsbewertungs- und Leistungsbemessungsverfahren, durch Reduzierung der Einkommen und auch durch den Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Werbung habe die Aufgabe, Unorganisierte zu gewinnen, Mitglieder zu aktivieren und die Öffentlichkeit zu informieren. In der Berichtszeit seien 331 neue Werbemittel entwickelt und angeboten worden. Insgesamt habe die IG Metall rund 72 Millionen Drucksachen eingesetzt.



Rudolf Judith

Ohne Mitbestimmung eine Katastrophe

Dauer und Intensität der Krise in der Stahlindustrie bezeichnete Rudolf Judith – als geschäftsführendes Vorstandsmitglied zuständig für Montanmitbestimmung, Eisen- und Stahlindustrie sowie für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – als außerordentlich besorgniserregend. 29 000 Arbeitnehmer hätten seit 1975 ihren Arbeitsplatz verloren, weitere 50 000 müßten bangen, wenn die Rohstahlanlagen auf 50 Millionen Jahrestonnen reduziert würden. Manche Katastrophe hätte schon gedroht, ohne die konsequenten Versuche der Mandatsträger der Mitbestimmung und der Vertrauensleute, die Beschäftigungskrise durch Einstellungsstopp, Kurzarbeit und eine vorbildliche Sozialpolitik in den Griff zu bekommen. Im übrigen seien sogar neue Ausbildungsplätze geschaffen worden.

Da mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Stahlkrise nicht behoben werden könne, begrüßte Rudolf Judith das Programm der Europäischen Kommission als politischem EG-Organ, direkt in den Stahlmarkt einzugreifen: u. a. mit Mindestpreisen bei Betonstahl, Bußen bei Verstößen gegen Preisfestsetzungen, Preisempfehlungen, Schutz vor Dumping und unlauterem Wettbewerb durch Überwachung der Einfuhren, eine Investitionsmeldepflicht und die Absicht, Investitionen zu verbieten, die Überkapazitäten zur Folge haben.



Eugen Loderer

Die Vollbeschäftigung steht im Vordergrund

Der Kampf um die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung stand bei uns im Vordergrund, erklärte Eugen Loderer, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall, zuständig für gewerkschaftspolitische Koordinierung, Grundsatzabteilung, internationale Beziehungen, Wirtschaft, Pressestelle, Justitiariat, Personalwesen. Verantwortung für die Entwicklung der Beschäftigung tragen vor allem die Unternehmen und die staatliche Wirtschaftspolitik. Den einseitigen Thesen von Regierung, Opposition, Bundesbank, Unternehmen und einer Reihe von Wissenschaftlern haben wir stets widersprochen: Es gibt keine Automatik zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung. Beweis: Heute sind die Preise relativ stabil, aber Vollbeschäftigung haben wir nicht erreicht. Es gibt keine Automatik zwischen Gewinnen einerseits und Investitionen und Beschäftigung andererseits. Heute haben wir in

vielen Branchen hohe Gewinne, aber ohne weniger Arbeitslosigkeit.

Die Globalsteuerung der 60er Jahre ist heute wirtschaftspolitisch überholt und unzulänglich. Die jetzt beschlossenen konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung gehen fast ausnahmslos in die richtige Richtung. Sie dienen der Nachfragebelegung. Mittel- und langfristig wird man die Vollbeschäftigung jedoch nur durch strukturpolitische Maßnahmen absichern können. Auch auf diesem Gebiet wird die Bundesregierung sich zu neuen Schritten durchringen müssen.



Georg Benz

Bewußte Belegschaften bekämpfen Krisenfolgen

Recht und Anspruch der arbeitenden Jugend auf Chancengleichheit im Bildungsprozeß, auf bessere Ausbildung, höhere soziale Sicherheit und die Hoffnung auf mehr Demokratie sind mehr denn je in Frage gestellt. Das erklärte Georg Benz, als geschäftsführendes Vorstandsmitglied zuständig für Betriebsräte, Betriebsverfassungsrecht, Mitbestimmung '76 und Jugend, Arbeitslosigkeit und Mangel an Ausbildungsplätzen, Unternehmerwillkür und politische Disziplinierung in den Betrieben hätten den jugendlichen Arbeitnehmern die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Schutz- und Gestaltungsfunktion drastisch vor Augen geführt. Die Gewerkschaftsjugend sei für ihre Aufgabe gerüstet. Sie werde tatkräftig durch die älteren Gewerkschafter unterstützt. Die Tagesarbeit der Betriebsräte sei in den vergangenen Jahren durch Kurz-

arbeit, Massenentlassungen, Betriebsstillegungen, verschärften Leistungsdruck und Angriffe auf verbrieftete Rechte der Arbeitnehmer diktiert gewesen. Gewerkschaftlich überzeugende Betriebsrätepolitik mache den betroffenen Belegschaften bewußt, daß Krisenerscheinungen nicht fatalistisch hingenommen werden müßten. Von den rund 72 000 BR-Mitgliedern nach den Betriebsratswahlen 1975 seien nahezu 85 Prozent Mitglieder der IGM – ein Ergebnis der unermüdlichen Kleinarbeit der ehren- und hauptamtlichen Funktionäre.



Karl-Heinz Janzen

Technischer Wandel muß dem Menschen dienen

Wir müssen uns fragen, ob nicht ganz bestimmte Formen der Anwendung moderner Technologie nur noch als „schöpferische Zerstörung unserer gesellschaftlichen Lebensbedingungen“ angesehen werden können, erklärte Karl-Heinz Janzen, als geschäftsführendes Vorstandsmitglied zuständig für Sozialpolitik, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Arbeitsrecht/Arbeitsrechtspolitik, Selbstverwaltung und Arbeitsverwaltung, Umweltschutz, Automation. Rationalisierung und technischer Wandel seien keine wertneutralen Angelegenheiten. Soziale Nützlichkeit und ihr Beitrag für die Bedürfnisbefriedigung der Menschen seien für uns das entscheidende Kriterium.

Das Gesundheitswesen werde durch Umweltverschmutzung, Sicherheitsrisiken im Arbeitsprozeß, mangelnden Unfallschutz, Bandgeschwindigkeiten und

Stressfaktoren belastet. Die Verursacher strichen die Gewinne ein und ließen die Versicherungsgemeinschaft die Schadenbeseitigung bezahlen. Neue Arbeitsschutzgesetze und die Arbeitsstättenverordnung müßten verwirklicht werden, ebenso ein neues Arbeitszeitgesetz, ein neues Konkursordnungs- und ein Arbeitsverhältnissgesetz. Das Sozialversicherungssystem kranke daran, daß nur die Arbeiter und Angestellten auf die Solidarität verpflichtet seien, während die übrigen Gruppen die Steuerzahler oder die Sozialversicherten zahlen ließen.

